

Pressemitteilung

02.06.2016

Kita-Ausbau in Loxstedt-Nesse stockt: Astrid Vockert nimmt das Land in die Pflicht

Der Ausbau der Kindertagesstätte in der Ortschaft Loxstedt-Nesse gerät vermutlich ins Stocken. Darüber empört sich die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert. Denn: „Das muss nicht sein! Der Grund für die Verzögerung bei den baulichen Maßnahmen liegt darin, dass die Landesregierung auf Mittel des Bundes für den Kita-Ausbau wartet, die für 2017 bis 2020 bereitgestellt werden sollen.“ Das gehe aus einem Schreiben der zuständigen Kultusministerin an Astrid Vockert hervor.

Die Abgeordnete nennt das ein „Armutszeugnis“ für die rot-grüne Landesregierung. Es sei einfach, „mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, selbst aber überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen, ein eigenes Förderprogramm für diesen so wichtigen Bereich aufzulegen“.

Astrid Vockert verweist darauf, dass sich das Land Niedersachsen von 2008 bis 2013 unter der CDU/FDP-geführten Landesregierung mit insgesamt 461 Millionen Euro an den Investitions- und Betriebskosten für den Kita-Bereich beteiligt habe.

Landtagsanfrage gestellt

Nicht nur Nesse, sondern auch viele andere Kommunen in Niedersachsen seien von dem Kurs der Landesregierung beim Thema „Finanzierung des Krippenausbaus“ betroffen, so Astrid Vockert. Die Landtagsabgeordnete erläutert: „Mir liegen Berichte über Kommunen vor, die bei der zuständigen Niedersächsischen Landesschulbehörde Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen im Krippenbereich beantragt haben.“ Diese holten sich momentan eine Absage ein - mit der Begründung, dass die finanziellen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft seien.

Astrid Vockert weiter: „Die Städte und Gemeinden werden seit mehr als zehn Jahren vom Bund und vom Land finanziell über verschiedene Förderinstrumente mit Investitionszuschüssen unterstützt. Die aktuelle RAT IV-Förderrichtlinie vom 16. Februar 2015 sollte in der Zeit von 2015 bis 2018 für weitere 5.000 Krippenplätze sorgen.“

Für diese Zuschüsse habe der Bund dem Land Niedersachsen 51 Millionen Euro bereitgestellt. Konkret konnten die Kommunen pro geschaffenen Krippenplatz eine Zuwendung in Höhe von 12.000 Euro beziehungsweise pro Platz in der Kindstagespflege 4.000 Euro erhalten.

Astrid Vockert: „Wenn dieser Finanztopf aus Berlin aufgebraucht ist, steht jetzt die Rot/Grüne Landesregierung in der Pflicht, eigene Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Und was machen sie bei diesem so wichtigen Thema? Einfach einen schlanken Fuß und den Verweis auf Berlin. Die Landesregierung lässt die Kommunen einmal wieder im Stich!“

Nun hat Astrid Vockert zu der Problematik eine Landtagsanfrage eingereicht: „Ich will zum Beispiel erfahren, ob diese Landesregierung davon abgerückt ist, mit den Kommunen über eine zielgerichtete Unterstützung durch das Land zu verhandeln und einen Stufenplan erstellen zu wollen. Letzteres steht nämlich im Rot/Grünen Koalitionsvertrag und wurde bisher überhaupt nicht angepackt.“